



NEWSLETTER VON CLAUDIA TAUSEND

Hinter uns liegt eine Sitzungswoche im Deutschen Bundestag mit einer außerordentlichen langen Tagesordnung. Hervorheben möchte ich insbesondere einen wichtigen Beschluss, der Weichen für die Europäische Union neu stellt und den ich Euch in diesem Newsletter näher erläutern will. Nach diesen intensiven Wochen unter besonderen Bedingungen besonders für all die Familien mit Kindern, für all die Arbeitnehmer*innen in Homeoffice und Kurzarbeit oder für alle Mitarbeiter*innen im Gesundheits- und Pflegebereich sowie auch für uns im Parlament – uns allen wünsche ich erholsame Ostertage!

Viel Spaß beim Lesen

Meilenstein in der Weiterentwicklung der Europäischen Union

Gestern haben im Bundestag den EU-Eigenmittelbeschluss gefasst. Damit nimmt „Next Generation EU“, das europäische Investitions- und Zukunftsprogramm historischen Ausmaßes eine wichtige weitere Hürde. Die EU erhält damit die Möglichkeit, im großen Umfang eigene Kredite aufzunehmen und wird zu deren Finanzierung erstmals eigene Einnahmen erzielen, weil zu gemeinsamen Ausgaben auch gemeinsame Einnahmen gehören. Das maßgeblich von Olaf Scholz und seinem französischen Amtskollegen Le Maire entwickelte Programm ist damit ein Meilenstein in der Weiterentwicklung der Europäischen Union. Wir als SPD-Fraktion setzen uns auch weiterhin dafür ein, die Finanzierung der EU dauerhaft gerechter und eigenständiger zu gestalten und wollen dafür die Besteuerung digitaler Großkonzerne, eine CO₂-Grenzabgabe sowie neue Einnahmen aus dem Emissionshandel heranziehen.

In diesem Interview erklärt Olaf Scholz die Zusammenhänge und seine Ziele für eine starke EU

In unserer Fraktionszeitschrift haben wir unsere Vorstellungen für einen Neustart der EU zusammengetragen und ich erläuterte darin meine Erwartungen an den „European Green Deal“, der den Umbau zum klimaneutralen Wirtschaften gestalten soll und zugleich sozial abgedeckt sein muss.

[Hier geht es zu meinem Artikel](#)

Unterstützung für die Bürgerinitiativen entlang des Brennerordzulaufs von Johanneskirchen bis Rosenheim

Sieben Bürgerinitiativen der Anwohner*innen entlang der Zulaufstrecke zum Brennerbasistunnel von Johanneskirchen über Trudering bis nach Aßling haben sich auf zentrale gemeinsame Forderungen an den Bundesverkehrsminister, die bayerische Staatsministerin und die Deutsche Bahn verständigt. Als örtliche Bundestagsabgeordnete begrüße ich diesen Zusammenschluss und unterstütze das Papier nachdrücklich gemeinsam mit meinem Kollegen im Landtag, Markus Rinderspacher.

Zu Recht fordern die Bürgerinitiativen maximalen Lärmschutz für die Anwohner*innen. Zwischen Daglfing und Johanneskirchen macht daher nur der Ausbau im Tunnel Sinn. Bei der Truderinger Kurve ist die anwohnerfreundlichste Variante weiterzuverfolgen. Beim Brennerordzulauf ab Trudering sind aktive Lärmschutzmaßnahmen nach Neubaustandard umzusetzen. Für uns ist unverständlich, warum das Bundesverkehrsministerium abschnittsweise mit Zugzahlen arbeitet, die die starke Zunahme des Schienengüterverkehrs über den neuen Brennerbasistunnel nicht berücksichtigen. Das Ministerium muss auch für den Knoten München eine Szenarien-Studie bis 2050 erstellen. Alles andere wäre unehrlich gegenüber den Bürger*innen. Ebenso teile die Forderung, dass der Güterverkehr, der nicht direkt für München bestimmt ist, die Stadt großräumig umfahren sollte. Der sogenannte Ostkorridor Rosenheim-Mühldorf-Regensburg ist mit in die Planungen aufzunehmen.

Dieser Appell der Anwohner*innen zeigt umso mehr, wie wichtig eine umfassendere Bürgerbeteiligung ist. Es reicht nicht aus, wenn die DB Netz AG Präsentationen online stellt und Newsletter versendet. Es braucht ehrliche Beteiligungsformate, deren Ergebnisse über Projektbeiräte jeweils für diese Bahnprojekte zusammenfließen und so Kernpunkte für eine verträgliche Lösung erarbeitet werden können. Das gewährleistet, dass am Ende der Vorplanung alle Fakten und Alternativen auf dem Tisch liegen. Ich fordere, dass das Bundesverkehrsministerium uns das im Bundestag vorlegt, damit wir dort jeweils die Entscheidung über die Varianten und ihre Finanzierung fällen können.

[Mehr dazu](#)

Klare Verhaltensregeln für Lobbyismus

Bereits seit zehn Jahren setzt sich die SPD für ein Lobbyregister ein, gestern konnten wir das entsprechende Gesetz endlich beschließen. Damit schaffen wir Transparenz und klare Verhaltensregeln für Lobbyismus. Interessensvertreter*innen müssen sich auf einen Verhaltenskodex verpflichten. Wer Lobbyarbeit gegenüber dem Bundestag und der Bundesregierung betreibt, muss sich künftig in ein Register eintragen. Bei Verstößen droht ein Ordnungsgeld von bis zu 50.000 Euro. Dass die Kontaktaufnahme mit der Regierung von der Bundeskanzlerin bis hin zu den Unterabteilungsleiter*innen der Ministerien ebenso erfasst wird – ein Verhandlungserfolg der SPD – macht das Register erst zu einem wirksamen Instrument.

[Die Details finden sich hier](#)

Corona-Hilfen jetzt auch für Brauereigaststätten

Brauereigaststätten waren als Mischbetriebe bisher von den außerordentlichen Wirtschaftshilfen ausgeschlossen. Schon im Dezember hatte die SPD-Landtagsfraktion den Antrag gestellt, dies zu ändern, was CSU und Freie Wähler jedoch ablehnt hatten. Bundesfinanzminister Olaf Scholz sicherte am politischen Aschermittwoch zu, sich einzusetzen und konnte nun eine Änderung der Richtlinien des Bundeswirtschaftsministeriums erreichen. Gaststätten, die an ein Unternehmen, wie an eine Brauerei angeschlossen sind, werden nun wie eigenständige Betriebe behandelt. Ich freue mich, dass die traditionellen bayerischen Brauereigaststätten davon profitieren werden. Die erweiterte Antragstellung für die November- und Dezemberhilfe ist bis zum 30.04.2021 möglich.

[Nähere Informationen dazu](#)

Bundesprogramm soll Ausbildungsplätze sichern

Die aktuelle wirtschaftliche Lage verlangt Ausbildungsbetrieben viel ab und umso wichtiger ist es, eine gute berufliche Ausbildung der jungen Menschen zu sichern. Daher freue ich mich, dass Bundesarbeitsminister Hubertus Heil das Bundesprogramm „Ausbildungsplätze sichern“ verlängern und erweitern konnte. Er verdoppelt die Ausbildungs- und Übernahmeprämien für betroffene Betriebe, die durch Neueinstellungen ihr Ausbildungsniveau halten oder erhöhen, auf bis zu 6.000 Euro. Außerdem sind mit der Weiterentwicklung nochmal mehr Unternehmen antragsberechtigt. Für das Bundesprogramm stehen im Jahr 2021 500 Millionen Euro zur Verfügung.

[Genauere Informationen zum Bundesprogramm finden sich hier](#)

Studentische Hilfskraft für mein Wahlkreisbüro gesucht

Für ein Wahlkreisbüro suche ich zum nächstmöglichen Zeitpunkt eine studentische Hilfskraft, die mein Team vor allem bei allgemeinen Büroaufgaben unterstützt. Bewerbungsfrist ist der 11. April 2021, bei Fragen steht meine Mitarbeiter Andreas Deutinger unter 089 18 93 28 58 zur Verfügung und alle Details finden sich in der Stellenausschreibung.

[Hier geht es zur Stellenausschreibung](#)

Claudia Tausend MdB

stv. Sprecherin im Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union sowie
stv. Sprecherin im Ausschuss für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunales

Oberanger 38
80331 München
Tel: 089 - 18 93 28 58

claudia.tausend.wk@bundestag.de
facebook.com/tausendmalbesser
www.claudia-tausend.de